

Höhere Renten für Kriegsopfer

Über eine Milliarde DM mehr für Grund- und Ausgleichsrenten

Von unserem Korrespondenten

Bonn (Eigenmeldung). Die CDU/CSU-Bundtagsfraktion hat sich in diesen Tagen entschlossen, insgesamt 1,05 Milliarden DM für die Verbesserung der Kriegsopferversorgung aufzuwenden. Die Erhöhung der Grund- und Ausgleichsrenten sowie die sonstigen Aufbesserungen sollen zum 1. Juni 1960 wirksam werden. Die jetzt angestrebte Lösung des Kriegsopferrentenproblems ist das Ergebnis schwieriger Verhandlungen zwischen Bundeskanzler Adenauer, den Bundesministern Blank und Etzel und den Sachverständigen der CDU/CSU-Fraktion.

Es ist nicht mehr zweifelhaft, daß dieser Vorschlag von der Mehrheit des Bundestages gebilligt wird. Die einzelnen Rentensätze sind noch nicht bekannt, dürften sich aber etwa auf folgender Höhe halten:

DIE NEUEN SÄTZE

Minderung der Erwerbsfähigkeit in Prozenten	Grundrente		Ausgleichsrente	
	bisher DM	neu DM	bisher DM	neu DM
30	30	35	—	—
40	38	44	—	—
50	48	62	70	100
60	60	80	55	100
70	80	100	95	120
80	100	150	115	150
90	120	180	135	180
100	140	200	160	200

Die monatliche Höchstrente (Grund- und Ausgleichsrente) für einen alleinstehenden erwerbsunfähigen Schwerbeschädigten beträgt demnach 400 DM. Die Höchstrente für Witwen beläuft sich auf 205 DM im Monat.

Der Entwurf sieht fern eine Erhöhung der vollen Ausgleichsrenten der Witwen von 110 auf 120 Mark und der Eltern-Renten bei einem Elternteil von 90 auf 100 und bei einem Elternpaar von 130 auf 150 Mark vor.

„Auf Basis der Stärke verhandeln“

Fulbright veröffentlicht amerikanische Studie zur Außenpolitik

Washington (ap/dpa/upi). Der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses des US-Senats, Fulbright, erklärte am Mittwoch in Washington, Amerika und Westeuropa müßten darauf vorbereitet sein, mit der

kommunistischen Welt von einer Basis wirtschaftlicher, politischer und militärischer Stärke aus zu verhandeln. Man dürfe nicht zulassen, daß die Gespräche Präsident Eisenhowers mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten

Chruschtschow „uns in eine Glücksstimmung versetzen“, die durch die Tatsachen nicht gerechtfertigt und gefährlich für die westliche Sicherheit sei. Fulbright veröffentlichte eine Studie zur amerikanischen Außenpolitik gegenüber Westeuropa, in der nachdrücklich eine weitere Stärkung der NATO gefordert wird. Dieser Bericht, so betonte Fulbright, stelle „Rohmaterial“ dar und decke sich nicht unbedingt mit den Ansichten aller Ausschußmitglieder.

In der Studie, die von der Universität Pennsylvanien ausgearbeitet worden ist, wird unter anderem gefordert: 1. Die Ausrüstung der europäischen Partner des Atlantikpaktes mit Kernwaffen; 2. Verstärkung des wirtschaftlichen und politischen Zusammenschlusses in Europa; 3. Verbesserung des Konsultationssystems zwischen den USA und ihren europäischen Alliierten sowie 4. eine Verschärfung des Embargos im Handel mit dem Ostblock.

13,2 Millionen Beschäftigte arbeiten weniger als 48 Std.

Köln (dpa). Etwa 13,2 Mill. Arbeitnehmer in der Bundesrepublik — das sind 67,4 Prozent aller Beschäftigten — arbeiten weniger als 48 Stunden in der Woche. Wie das Wirtschaftswissenschaftliche Institut der Gewerkschaften mitteilt, gilt für 8,4 Mill. (42,9 Prozent) Beschäftigte die 45-Stunden-Woche. Rund 4,8 Mill. Arbeitnehmer (24,5 Prozent) arbeiten weniger als 45 Stunden. Die 40-Stunden-Woche ist bisher für 360 000 Beschäftigte eingeführt worden.

Kontakte — so und so

K. W. B. Die Russen können singen. Und ihre Lust am Tanzen reißt seit Generationen die Zuschauenden hin, je westlicher sie wohnen. Diese Eigenschaften hat die Revolution nicht geändert und auch nicht eine mehr als 40jährige Geschichte der Menschenverachtung. Wohl aber hat das Regime erkannt, welch trefflicher Exportartikel diese Qualitäten sind. Im ganzen Westen sind die Primaballerinen und die Virtuosen heute als bewußte Demonstration dafür bekannt, wie das Regime der Menschenentmachtung doch auch die große Kunst ermöglicht. Wir sind skeptisch gegenüber der Kulturfassade, die die Diktatur errichtet.

★

Die Bundesrepublik hat mit der Sowjetunion ein Abkommen über einen Kulturaustausch abgeschlossen. Diese Vereinbarung läuft nun an. Sie bringt deutsche Orchester und Theatergruppen in die Sowjetunion und holt sowjetische nach Deutschland. Man hofft, daß auf dieser Austauschstraße mancher gute Wille einen Platz finden könnte, der in den politischen Beziehungen zwischen Moskau und Bonn so sehr fehlt. Sicherlich ist man sich auch in Bonn der Problematik bewußt gewesen, die eine solche Austauschvereinbarung in sich birgt. Daß das sowjetische Rußland die Werbung für die Kultur immer mit der Werbung für seine politische Ideologie verbindet, gehört zu seinen Dogmen. Selbst die als tendenzfrei oder tendenzarm erkannten kulturellen Darbietungen sollen den Gütestempel „Kommunismus“ tragen.

Nun braucht sich bei uns niemand davor fürchten, jetzt, gewissermaßen mit amtlicher staatlicher Duldung, übertölpelt zu werden. Man muß nur wissen und sich bewußt bleiben, daß durch die für kulturelle Einströmungen neu geöffnete Schleuse nicht ein gesitteterer Kommunismus annehmbarer Art zu uns kommen könnte. Wir können es uns heute aber vielmehr leisten, die

kulturellen Äußerungen, die innerhalb der Sowjetunion möglich sind, anzuschauen. Wir wissen, daß auch die kulturellen Spitzenleistungen nichts über die moralische und politische Qualität der Diktatur aussagen, daß sie schon gar nicht ein Beweis für vorhandene Freiheiten sind. Es ist ein staatliches Programm des Austausches — um so mehr sollten die Darstellenden merken, daß uns, sosehr wir ihre politischen Infiltrationsziele kennen, an einem guten Einvernehmen mit ihrem Volk liegt.

★

Mit gutem Bedacht hat man die offizielle Tournee des ukrainischen Ensembles deshalb in Berlin beginnen lassen; in jener Stadt, die die Moskauer Politik bislang immer aus den Bonn-Moskauer Vereinbarungen auszuklammern versucht.

★

Schärfer läßt sich kaum hervorheben, wie anders das Verhältnis Bonns und Berlins zu Moskau und das nämliche Verhältnis zur Pankower Regierung ist. Die Bundesrepublik und Berlin suchen den Austausch mit der Sowjetunion. Sie tun das, obwohl sie die kommunistischen Absichten kennen. Sie respektieren jedoch den Staat, mit dem es notwendig ist, in ein Verhältnis des guten Ausgleichs und des gegenseitigen Verständnisses zu kommen. Dem oberflächlichen Denken mag es plausibel erscheinen, daß wir mit dem, was an kulturellen, sportlichen und anderen Leistungen aus der Zone zu uns kommt, demgemäß viel eher und intensiver Kontakt halten sollten, als mit dem, was die Sowjetunion schickt. Das Dilemma scheint offenkundig: denn die, die in der Zone leben, denken und arbeiten, sind Menschen unserer Art, sind Deutsche. Wir suchen jeden Kontakt, den die menschliche Phantasie für unserer anormalen Zustände nur erfinden kann. Aber wir können mit denen, die Gewalt über sie haben, kein Programm des Austausches wie mit der Sowjetunion abwickeln. Die Zonen-Herren, die den Kontakt mit uns zum staatlichen Programm erheben, handeln nicht im eigenen Auftrag, und sie handeln wider den Willen der

17 Millionen, die sie in Fesseln halten. Sie verhindern den Staat, dem allein die 17 Millionen angehören können.

★

Der Kontakt mit diesem Unstaat wird — im Gegensatz zum Kontakt mit der Sowjetunion — zum Krisenproblem erster Ordnung. Von hier aus wird man auch die Kontroverse zu beachten haben, die um eine kleine Schrift von Bischof Dibelius entstanden ist. Bischof Dibelius hatte in einer an Landesbischof Lilje gerichteten Geburtstagschrift bei einer Meditation über den Begriff „Obrigkeit“ mit Blick auf die Sowjetzonen-Regierung zu bedenken gegeben, ob nach dem bekannten Römerwort der Christ gegenüber diesem Staat auch zum Gehorsam verpflichtet sei. Dibelius meinte, man müsse heute den Begriff „Obrigkeit“ mit „rechtmäßige Gewalt“ übersetzen. Es ist klar, daß nach solcher Deutung die Sowjetzonen-Regierung nicht diesen christlichen Respekt auf sich ziehen könnte. Freilich muß man sich vorstellen, daß eine Umsetzung dieser Deutung in die Wirklichkeit den in der Zone zum Leben gezwungenen Christen Schwierigkeiten über Schwierigkeiten bringen müßte. Eine Reihe von Kirchenpersönlichkeiten hat dann auch zu einer Diskussion über die privaten Meinungen von Dibelius aufgefordert. Wenn die Bischöfe der Evangelischen Kirche der Zone zusammensitzen werden, wird diese Erörterung ihr Hauptthema sein — ebenso aber die erstaunliche Reverenz, die der evangelische Bischof Mitzenheim aus Thüringen beim Jubiläum der Zonen-Regierung vor dem Staat, der keiner ist, gemacht hat.

Die Situation der Kirche gegenüber diesem Staat aus fremdem Auftrag und ohne Legitimation des Volkes ist gewiß schwierig. Wie sie sich zwischen diesen beiden Extremen der Auffassung verhalten und finden wird, das wird auch ein Hinweis darauf werden, wie die Menschen in diesem Land mit einem Staat leben müssen, der keiner ist. Es scheint, daß die Auseinandersetzung um das Recht dieses Pseudo-Staates in ein kritisches Stadium tritt.

Grundsteinlegung für neues Klinikum

Berlin dankt den Amerikanern — Eleanor Dulles gab Anregung für den großen Bau

Berlin (Eigenbericht). In Anwesenheit des amerikanischen Botschafters David Bruce und Eleanor Dulles wurde am Mittwochvormittag im Bezirk Steglitz der Grundstein für das größte Berliner Hochbauprojekt nach dem Kriege, für das Klinikum der Freien Universität, gelegt. Die Pläne für das 140-Millionen-DM-Objekt entstanden in Zusammenarbeit zwischen amerikanischen und deutschen Ärzten und Architekten, Bauträger ist die Benjamin-Franklin-Stiftung, der Vertreter beider Nationen angehören und die bereits den Bau der Berliner Kongreßhalle finanziert hat.

Kostenpunkt: 58 Mill. DM

Für den ersten Bauabschnitt des Klinikums, der bereits 1961 fertig sein soll, stellten die Vereinigten Staaten 27 Millionen DM und das Land Berlin 31 Millionen DM zur Verfügung. Die Initiative zu diesem Projekt, das ursprünglich allein vom Land Berlin als Krankenhaus für den Südwestraum geplant war, ging von der bisherigen Sonderberaterin für deutsche Angelegenheiten im amerikanischen Außenministerium, Eleanor Dulles, aus.

„Hier entsteht ein Werk, das sich würdig anreihet an die anderen Monumente der unzertrennbaren Freundschaft zu den USA“, sagte der Regierende Bürgermeister Brandt anlässlich der Grundsteinlegung. Brandt wies auf die Bedeutung der Berliner Universitäten hin, die dazu berufen seien, Berlin wieder zur geistigen Mitte Deutschlands zu machen. Er ging noch einmal auf die schwierige Situation des Berliner Gesundheitswesens ein und betonte, daß das letzte städtische Krankenhaus vor 50 Jahren gebaut worden sei. Auf jeden Fall werde das neue Klinikum eine spürbare Entlastung für die Berliner Krankenhäuser sein.

46 Stationen mit 1448 Betten

Bundesschatzminister Dr. Lindrath bezeichnete das riesige Bauobjekt als eine „Synthese von Humanität, Wirtschaft und Politik“. Die für den Bau verwendeten ERP-Mittel würden auch einmal für die Wirtschaft reiche Zinsen tragen, wenn zahlreichen kranken Bürgern durch die Behandlung in diesem Krankenhaus die Gesundheit erhalten wird. Er wies besonders auf die Verdienste von Eleanor Dulles hin, die er unter großem

Beifall der Anwesenden die „Mutter Berlins“ nannte.

Der amerikanische Botschafter in der Bundesrepublik, Bruce, sagte, das neue Krankenhaus sei ein Unternehmen, das die gute Zusammenarbeit zwischen den Bürgern Berlins und den Vereinigten Staaten repräsentiere. Die Geschichte habe gezeigt, daß Krankenhäuser in solchen Ländern am besten ausgestattet sind, die demokratische Regierungen haben und allen Menschen, nicht nur wenigen Bevorzugten, Hilfe ange-deihen lassen.

Nachdem der Rektor der Freien Universität, Prof. Dr. Eduard Neumann, den Vereinigten Staaten und dem Land Berlin für die finanzielle Hilfe, die der Freien Universität in den vergangenen Jahren gewährt wurde, aber auch besonders für das neue Klinikum gedankt hatte, sprachen mit den traditionellen drei Hammerschlägen dann die Vertreter der USA und Berlins nach dem Einmauern der Urkunde in den Grundstein die besten Wünsche für das größte Berliner Hochbauprojekt seit 1945 aus.

Das Klinikum soll nach seiner Fertigstellung im Jahre 1963 insgesamt 46 Stationen mit 1448 Betten haben. Der erste Bauabschnitt sieht die Fertigstellung eines Bettenhauses für insgesamt 660 Patienten vor. Unmittelbar anschließend soll in den Jahren 1961 bis 1963 der zweite Bauabschnitt folgen. Auf dem 180 000 qm großen Gelände zwischen dem Bäkepark und dem Schloßpark am Teltowkanal werden ein Klinikgebäude, ein zweigeschossiges Wirtschaftsgebäude, ein dreigeschossiges Institutsgebäude, 50 Assistenten-Wohnungen, ein zweigeschossiges Fakultätsgebäude

mit Auditorium maximum, ein sechsgeschossiges Schwesternwohnheim mit 95 Einzelappartements, ein Schwesternschülerinnenheim und eine Schwesternschule errichtet.

Das Klinikgebäude besteht aus einem 100×250 Meter großen, dreigeschossigen Flachbau, der sich um sechs Innenhöfe gruppiert, und die Polikliniken, Hörsäle, Verwaltungseinrichtungen sowie vier Krankenstationen aufnehmen soll. Auf diesem Flachbau stehen die beiden Bettenhäuser mit fünf Geschossen zu je 660 Betten. Zwischen den Bettenhäusern erstreckt sich der dreigeschossige Behandlungstrakt, der unter anderem eine Operationseinheit mit 19 Operationssälen beherbergt. Insgesamt erhält das Klinikum Räume für zwölf verschiedene Institute.

Eisenhower an Adenauer: USA stehen zu Berlin

Washington (ap). Präsident Eisenhower hat, wie verlautet, Bundeskanzler Adenauer in einem vertraulichen Briefwechsel versichert, daß die USA bei der Erörterung der Deutschlandfrage in den bevorstehenden Ost-West-Verhandlungen keinerlei Konzessionen machen werden, mit denen die Bundesregierung nicht einverstanden sein könnte. Beide Seiten seien sich einig, daß die Unabhängigkeit Westberlins gesichert werden und das Ziel jedes Abkommens mit der Sowjetunion die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands sein müsse.

Präsident Eisenhower bezeichnete dem Bundeskanzler gleichzeitig detailliert über seine Besprechungen mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow. Er versicherte, daß diese Aussprache keine Änderung in der amerikanischen Verpflichtung bewirkt habe, die Alliierten-Rechte in Westberlin zu wahren.

In seiner Antwort bedankte sich der Bundeskanzler sowohl für den Bericht als auch für die in Eisenhowers Botschaft enthaltenen Versicherungen hinsichtlich Berlins.

Was die Zone aufzuholen hat

Löhne unter westdeutschem Niveau — Preise weit darüber

Berlin (Eigenbericht). Die gelegentlichen Preissenkungen in der Sowjetzone, die von den Machthabern mit Vorliebe in die Zeit der „Geburtstagsfeiern“ des Systems gelegt werden, sind in diesem Jahr sehr dürftig ausgefallen. Man hat lediglich die Preise für Weine östlicher Herkunft und für Bohnenkaffee (von 80 auf 60 Ostmark je Kilo) ermäßigt und läßt es im übrigen für diesmal mit den Versprechungen einer schöneren sozialistischen Zukunft bewenden.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, das bereits mehrfach Vergleiche der Lebenshaltung in der Bundesrepublik und in der Zone veröffentlicht hat, schreibt in seinem neuesten Wochenbericht, der Abstand der Zone zur Bundesrepublik habe sich zweifellos in den vergangenen zehn Jahren verringert. Allerdings ist es angesichts der Unregelmäßigkeit der Versorgung der Zone mit Gütern des täglichen Bedarfs und der schwankenden Qualität dieser Erzeugnisse sehr schwierig, zu einer realistischen Gegenüberstellung der Lebenshaltung in beiden Teilen Deutschlands zu gelangen. Da diese Unterschiede nicht in Zahlen zu messen sind, schlagen sie sich in den Ergebnissen der Untersuchung nicht unmittelbar nieder.

Der Verbrauch einer vierköpfigen Familie, für den in der Zone 1950 Ausgaben von rund 444 Ostmark erforderlich gewesen wären — nominell etwa 72 v.H. mehr als für den gleichen Verbrauch in Westdeutschland —, erforderte im Juni 1959 noch 418,70 Ostmark und damit nominell 52 v.H. mehr als in der Bundesrepublik. Die gesamten Kosten der in diesem Warenkorb enthaltenen Güter und Dienste haben sich in der Zone also inzwischen um 6 v.H. ermäßigt, im Bundesgebiet um 30 v.H. erhöht. Diese Angaben gelten für eine Familie mit zwei Verdienern und mittlerem Einkommen in der Zone und für einen dem Bedarf dieser Einkommensgruppe entsprechenden Warenkorb.

Bei einer vierköpfigen mittel-deutschen Familie mit höherem Einkommen und einem dem westdeutschen Normalbedarf

entsprechenden Warenkorb ergibt sich für den Aufwand von rund 655 Ostmark im September 1950 eine Ermäßigung bis Juni 1959 um 18 v.H. auf 540 Ostmark. Im Bundesgebiet erhöhte sich der für die entsprechende Lebenshaltung erforderliche Betrag in der gleichen Zeit um 26 v.H. auf 405,10 DM. Die westliche Familie steht damit immer noch um ein Drittel günstiger da als ihr Gegenstück in der Zone. Die stärkere Kostenermäßigung beim gehobenen Verbrauch in der Zone ist in erster Linie dadurch zu erklären, daß die Verbraucher mit höherem Einkommen dort früher zusätzlich zu den rationierten Gütern bei der staatlichen Handelsorganisation (HO) „freie“ Waren zu Spitzenpreisen kauften, die mit erheblichen Steuern belastet waren. Diese Spitzenpreise sind im Lauf der Zeit beachtlich gesenkt worden, andererseits haben aber die Maßnahmen zur Befreiung einzelner Waren oder Warengruppen von der Rationierung teilweise zu einer merklichen Erhöhung der Preise gegenüber denen für die rationierten Waren geführt. Das belastete vor allem die Verbraucherkreise, die sich zunächst fast nur rationierte Waren leisten konnten.

Besonders die Preismaßnahmen im Zusammenhang mit der Beseitigung der Rationierung von Lebensmitteln vorigen Jahres führten zu einer empfindlichen Erhöhung der Lebenshaltungskosten, die auch durch vereinzelte Preissenkungen bei Industriegütern nicht ausgeglichen werden konnte und somit zur Gewährung von Teuerungszulagen zwang. So ist vor allem bei den untersten Verbrauchergruppen der Waren-

korb, der nur das unbedingt lebensnotwendige Existenzminimum enthält, von September 1950 bis Juni 1959 um fast die Hälfte teurer geworden, in der Bundesrepublik dagegen nur um knapp ein Drittel — der Wert der Ostmark für die untere Verbrauchergruppe hat also in einem Vergleich mit Westdeutschland noch abgenommen, während für die mittlere und die obere Gruppe eine gewisse Erhöhung zu verzeichnen war. Dabei bleiben, wie erwähnt, Qualitätsunterschiede und Regelmäßigkeit der Versorgung ohnehin außer acht, so daß die rein statistischen Ergebnisse für Westdeutschland generell ungünstiger ausfallen als bei einem in jeder Hinsicht korrekten Vergleich.

Das Institut untersucht ferner die Einkommen der Verbraucher, von denen die Lebenshaltung ebenso abhängt wie von den Preisen. Um die gleiche Lebenshaltung zu erzielen wie in Westdeutschland, müßte eine Familie der mittleren Verbrauchergruppe in der Zone, gemessen am Warenkorb der amtlichen Preisindexziffer für die westdeutsche Lebenshaltung, ein Verbrauchseinkommen beziehen, das um 28 v.H. über dem einer westdeutschen Familie liegt; 19 v.H. mehr müßte das Einkommen bei Familien der unteren Verbrauchsgruppe, 40 v.H. mehr bei denen der gehobenen Verbrauchergruppe in der Zone betragen. Davon sind die Einkommen in Mittelddeutschland aber weit entfernt. Nach Zahlen von 1958 waren die durchschnittlichen Verdienste in Westdeutschland im Gegenteil um nominell 10 v.H. höher. Wenn man Westdeutschland einholen will, wie es die östlichen Experten immer wieder ankündigen, sind also noch erhebliche Einkommenserhöhungen und bedeutende Preissenkungen erforderlich.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2

Drei Wochen Mindesturlaub für 6 Millionen

SPD-Vorstoß im Bundestag — Unterstützung durch Blank erwartet

Bonn (dpa). Alle westdeutschen Arbeitnehmer sollen künftig mindestens drei Wochen Urlaub jährlich bekommen. Jugendliche unter 18 Jahren sollen mindestens 24 Arbeitstage Urlaub erhalten. Einen entsprechenden Gesetzentwurf legte am Mittwoch die SPD-Bundestagsfraktion vor. Sie rechnet mit der Unterstützung von Arbeitsminister Blank (CDU), der diese Forderung seit langem vertritt.

Gegenwärtig gibt es Urlaubsgesetze nur in den einzelnen Bundesländern. Sie sehen für erwachsene Arbeitnehmer mindestens zwei Wochen Urlaub vor. Der Mindesturlaub für Jugendliche ist unterschiedlich geregelt. Einige Landesgesetze schreiben 18, andere 24 Tage vor. Diese Bestimmungen sollen nun durch eine bundeseinheitliche Regelung abgelöst werden. Gleichzeitig soll der Mindesturlaub für Erwachsene von 12 Arbeitstagen auf 18 erhöht werden.

Auch drei Wochen Urlaub sind nach Ansicht der Mediziner für

Erwachsene noch nicht ausreichend. Viele Ärzte meinen sogar, daß die wirkliche Erholung erst nach der dritten Urlaubswoche beginne. Die SPD und Arbeitsminister Blank wollen aber bessere Urlaubsregelungen den Tarifpartnern überlassen, die schon in der Vergangenheit vielfach einen über drei Wochen hinausgehenden Urlaub vereinbart haben. Unmittelbar auswirken würde sich der SPD-Entwurf für sechs Millionen Arbeitnehmer, die gegenwärtig weniger als 18 Tage Urlaub bekommen.

land. Ihre Zahl ist im Jahre 1959 erheblich angestiegen und beträgt zur Zeit 130 kleinere und 27 größere Baumaßnahmen. Für sie steht eine Gesamtsumme von 15 Millionen DM zur Verfügung. Einige der wichtigsten Objekte sind die deutschen Botschaften in Ottawa, Paris, Rom, Rio de Janeiro, Stockholm, Neu Delhi und Tokio sowie Schulen in Madrid, Valencia, Bilbao, Lissabon und Porto. Bundesschatzminister Lindrath versicherte, daß zu diesen Baumaßnahmen, die zum Teil in architektonisch „verwöhnten“ Welt- und Hauptstädten ausgeführt werden, „erste Architekten“ herangezogen worden sind.

Von den Gesamtkosten, die sich auf mehrere Rechnungsjahre verteilen, stehen der Bundesbauverwaltung in Berlin für 1959 rund 15 Millionen DM zur Verfügung. Die Gesamtkosten belaufen sich auf mindestens 50 Millionen DM. Zwölf Bauleitungen wurden an den verschiedensten Plätzen der Welt von Berlin aus eingerichtet, und in Washington, Wien, und Monrovia sind drei weitere im Aufbau.

Bauvorhaben des Bundes in Berlin

Minister Lindrath über die einzelnen Projekte

Berlin (Eigenbericht). Westberlin stehen im Haushaltsjahr 1959 rund 26 Millionen DM für Bauten der Bundesbaudirektion zur Verfügung. Diese vor kurzem erst in Berlin eingerichtete Dienststelle bearbeitet zur Zeit 16 Baumaßnahmen, für die neun örtliche Bauleitungen eingesetzt worden sind.

Auf einer Pressekonferenz im Bundeshaus teilte Bundesschatzminister Lindrath weiter mit, daß der endgültige Aufbau des Reichstages noch nicht entschieden sei. Möglicherweise würde der Südfügel bevorzugt ausgebaut werden, damit so schnell wie möglich dort Ausschusssitzungen stattfinden könnten. Bis jetzt stehen im Rechnungsjahr 1959 4,45 Millionen DM für die Instandsetzung des historischen Gebäudes zur Verfügung. Die finanziellen Mittel sind jedoch den gegebenen Möglichkeiten angepaßt und können notfalls ergänzt werden.

Den größten Posten in Höhe von 6,25 Millionen DM bekommt die Technische Universität für ihre vier Elektro-Institute, de-

ren Gesamtkosten 20 Millionen DM betragen und von denen 15 Millionen DM aus ERP-Mitteln und 5 Millionen DM vom Wissenschaftsrat bestritten werden. Für das Bundesgesundheitsamt stehen insgesamt 5,7 Millionen DM bereit. Davon werden das eigentliche Dienstgebäude, das Robert-Koch-Institut, das Max-von-Pettenkofer-Institut und das Institut für Wasser-, Boden-, Lufthygiene ausgebaut, 2,9 Millionen DM kann die Bundesanstalt für Materialprüfung in Lichterfelde für ihr Zentralgebäude und die Schwinghalle verwenden. Für die Biologische Bundesanstalt sind 0,8 Millionen DM, für die Bundesanstalt für Getreideforschung 0,26 Millionen DM und für das Bundeshaus 0,13 Millionen DM vorgesehen. Der restliche Ausbau des Schlosses Bellevue, an dem zur Zeit ein Wachgebäude errichtet wird, erfordert noch einmal 3,3 Millionen DM.

Von Berlin aus betreut die Bundesbauverwaltung aber auch die deutschen Bauten im Aus-

Bisher keine Genehmigung

Ostberlin verhindert Aufbau von St. Hedwig

Berlin (dpa). Die Katholische Kirche wartet noch immer auf die Genehmigung der sowjetzonalen Behörden für den Wiederaufbau der im Kriege schwer zerstörten St.-Hedwig-Kathedrale in Ostberlin. Wie Bischof Julius Kardinal Döpfner in einer Predigt in der Ostberliner St.-Augustinus-Kirche erklärte, seien die Pläne für den Innenausbau der Kirche bereits fertiggestellt. Die Mittel für die Bauarbeiten ständen bereit. Wörtlich sagte der Kardinal: „Wenn kürzlich so weitgreifende Pläne eines wirtschaftlichen Aufbaues bekanntgegeben wurden, erscheint es wahrlich nicht unbillig, für die völlige Wiederherstellung unserer Bischofskirche die Genehmigung eines vergleichsweise bescheidenen Objektes zu erhoffen.“

„Pro Kuh zwei Liter Milch täglich mehr“

Aufzeichnungen über Ereignisse und Stimmungen in Mitteldeutschland

Berlin (Eigenbericht).

Die Überfütterung der Bevölkerung mit parteipolitischer Propaganda, ideologischer Beeinflussung und zahlreichen Kampagnen führte dazu, daß in Mitteldeutschland immer mehr Formalismus entstand. Auf dem Papier steigert die Partei die Erfolge, in der Praxis beklagen sich Arbeiter und Angestellte über das „Hängen und Würgen“, mit dem sie sich auseinanderzusetzen haben. Immer wieder weisen Besucher darauf hin, daß sie mitmachen müssen, auch wenn sie nicht mitmachen wollen.

POTSDAM

Wissenschaftliche Fütterung der Milchkühe. Die Genossenschaftsbauern Helmut und Herta Will von der LPG Tremsdorf haben sich verpflichtet, durch wissenschaftliche Fütterung mit einer Futtermittel-Tabelle die Milchleistung von 2700 auf 3800 Liter zu erhöhen. Sie wollen ab sofort pro Kuh täglich zwei Liter Milch mehr an die Molkerei liefern. Die Statistiker errechneten 21 978 140 Liter Milch mehr pro Jahr, würden sich alle Bauern des Bezirks Potsdam dieser „großen Bewegung“ anschließen.

Betriebsakademien zur Qualifizierung. Beharrliche Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit müssen die Ingenieure leisten, um Kandidaten für die Betriebsakademien zu gewinnen. Die Arbeiter sollen sich in Extrakursen qualifizieren. Bisher sei es bei einer „formalen Benennung von Werktätigen“ geblieben.

ROSTOCK

„Keine Zeit für große Pausen.“ Um nach den Wettbewerben zur Erfüllung der Pläneziele zum 10. Jahrestag der Zonenrepublik keine Pause eintreten zu lassen, werden in den Betrieben unter dem Stichwort „Keine Zeit für große Pausen“ Höchstleistungsschichten gefahren.

Den 1000 kleinen Dingen auf der Spur! Die Bevölkerung ist aufgerufen, den verantwort-

lichen Funktionären ihre 1000 kleinen Wünsche von den 1000 kleinen Dingen zu nennen, damit alles geändert wird, was zur Zeit nicht gefällt. So beklagen sich die Rostocker, daß sonntags zuwenig Gaststätten offen haben, wenn die Arbeiter ihren Durst löschen wollen.

CHEMNITZ

Schuhe mit 6 Monaten Garantie: Die VEB Panther-Schuhfabrik Ehrenfriedersdorf hat sich verpflichtet, in Zukunft nur noch Fußbekleidung erster Qualität herzustellen. Alle aus der Produktion kommenden Schuhe erster Sorte erhalten eine Garantie von 6 Monaten. Diese Zeit tritt in Kraft vom Tage des Verkaufs der Schuhe an den Endverbraucher. 450 Arbeiterinnen haben sich bereit erklärt, ebenfalls die Reparaturen aus Kundenreklamationen zur Gewährung der Garantiepflicht kostenlos auszuführen. Eine solche Garantie, schreibt die SED-„Volksstimme“ Chemnitz, sei in Deutschland erstmalig.

HO-Geschäfte bieten Karpfen an. In den Fischspezialverkaufsstellen kann man 1 Pfund Karpfen für 2,20 DM kaufen. In letzter Zeit wurden auch sowjetische Fischkonserven angeboten.

LAUCHHAMMER

Zigarre mit Wollfaden. Die Betriebszeitung des Braunkohlenkombinats veröffentlicht eine Glosse, in der darüber geklagt wird, daß zu oft schlechte Qualitätsarbeit geleistet würde. Es gäbe Zigarren mit Wollfäden, Schuhe, die ihre Sohlen verlieren, Reißverschlüsse, die nicht funktionieren usw. Die Arbeiter werden darauf hingewiesen, sie sollten angesichts solcher Fehler nicht schimpfen über die schlechte Qualität in der „DDR“, über die Unfähigkeit der Regierung, sondern daran denken, daß sie selbst immer Qualitätsarbeit leisten. Die mißglückte Zigarre mit dem Wollfaden könne zu einem mahnenden Beispiel werden.

„Wer schießt, lebt sozialistisch.“ Die sozialistischen Brigaden werden aufgerufen, sozialistisch zu leben. „Ein Teil des sozialistischen Lebens ist auch die Vorbereitung zur Verteidigung der sozialistischen Heimat“, schreibt die Betriebszeitung des Braunkohlenkombinats. Alle sozialistischen Brigaden werden zu einem Schießvergleichskampf aufgerufen. Geschossen wird mit dem KK-Gewehr 110 oder KV, Bedingung 15 Schuß in drei Anschlagarten, Scheibe: internationale KK-Scheibe, Entfernung: 50 Meter.

DEUTZEN

Kirchenaustritte gefördert. In dem Organ der Betriebsparteiorganisation des Braunkohlenwerkes Deutzen „Sprachrohr“ kann man auf Seite 4 im Fettdruck lesen: „Kirchenaustritte leicht gemacht. Das staatliche Notariat nimmt freitags in der Zeit von 12 bis 16 Uhr Kirchenaustritte entgegen.“

LEIPZIG

Vorschläge bleiben Vorschläge. In den Leipziger Betrieben werden wöchentlich viele tausend Vorschläge eingereicht. Die meisten landen in Aktenschränken oder Papierkörben. Auf einer Lehrschau junger Techniker feuerte Ulbricht die Jungen und Mädchen an: „Ihr müßt darauf dringen, daß eure Vorschläge in die Tat umgesetzt werden.“

In einem Inserat in der „Leipziger Volkszeitung“ verkündigt die „Deutsch-Sowjetische Freundschaft“: Kämpft um die Erfüllung des Siebenjahresplans. Arbeitet nach dem Vorbild der „Kommunistischen Brigaden der Arbeit“ der Sowjetunion. Macht die sozialistische Rekonstruktion zur Sache aller Werktätigen. Eignet euch die Erfahrungen der Sowjetmenschchen an. Ein Privatinserat teilt mit: „Feinbäckerei und Konditorei, seit 50 Jahren bekannt und beliebt durch Qualitätsware. Der Betrieb arbeitet ab 1. Oktober 1959 mit staatlicher Beteiligung.“

Auf Kosten der Arbeiter in der Zone

Forschungsbeirat erörterte die Folgen des Siebenjahrplanes

Berlin (Eigenmeldung). Eine Erhöhung der Arbeitsleistungen ist in der Sowjetzone unumgänglich, wenn die Ziele des kürzlich verkündeten Siebenjahrplanes auch nur annähernd erreicht werden sollen. Zu dieser Auffassung gelangte der Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung beim Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, der unter Vorsitz seines Präsidenten Dr. Gradl in Berlin tagte. Der Beirat verweist darauf, daß während der nächsten Jahre die Zahl der arbeitsfähigen Menschen in der Sowjetzone abnehmen wird, da geburtenschwache Jahrgänge ins Berufsleben eintreten. Die Möglichkeit, Rentner und berufslose Frauen zur Arbeit heranzuziehen, wurde in der Sowjetzone in vergangenen Jahren derart genutzt, daß auch hier kaum noch Arbeitskraftreserven vorhanden sind. Dennoch soll die Industrieproduktion im Jahre 1965 um 88 Prozent größer sein als 1958.

Nach Ansicht des Forschungsbeirates soll die von der SED geplante „sozialistische Rekonstruktion“ ermöglichen, mit we-

niger Menschen mehr zu produzieren. Als Weg dazu nennt die SED den Neubau von Industriewerken mit modernster Ausrüstung. Sie erklärt jedoch gleichzeitig, es sei eine „falsche Auffassung“, daß die „sozialistische Rekonstruktion“ nur mit

großen Investitionsmitteln möglich sei. Sie nennt daher als zweiten Weg die bessere Ausnutzung der schon vorhandenen Anlagen. Weniger Normen, weniger Typen, Spezialisierung und Konzentration — also Beseitigung von kleineren und mittleren Betrieben — sollen eine rationellere Produktion mit sinkendem Arbeitsaufwand und sinkenden Kosten herbeiführen.

Regierung beantragt VVN-Verbot

Beweise für Arbeit als KP-Hilfsorganisation

Bonn (ap/dpa). Die Bundesregierung hat beim Bundesverwaltungsgericht in Berlin beantragt, die „Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes“ (VVN) als verfassungsfeindlich im gesamten Bundesgebiet zu verbieten.

Die VVN war ursprünglich die Zentralorganisation aller Verfolgten des NS-Regimes, wurde aber schon etwa 1950 kommunistisch unterwandert. Aus diesem Grunde hatten sich von ihr zwei demokratische Widerstandsorganisationen abgespalten, der „Bund der Verfolgten des „Nazi-Regimes“ (BVN) und der „Zentralverband demokratischer Widerstandskämpfer“. Wenn das Bundesverwaltungsgericht dem Antrag der Bundesregierung zustimmt, wäre die VVN die 23. KP-Tarnorganisation, die in der Bundesrepublik verboten wird.

Bundesinnenminister Schröder erklärte im Rundfunk, die Bundesregierung habe ausreichende Beweise dafür, daß die VVN eine kommunistische Hilfsorganisation sei. Im einzelnen erwähnte er: Die Vereinigung wird organisatorisch und personell von der Sowjetzone und damit auch von der sowjetzonalen SED gesteuert; sie wirkt im Sinne der aktuellen Ziele der KPD-SED und ist Mitglied internationaler kommunistischer Widerstandsorganisationen; sie beteiligte sich an der von den Kommunisten 1951 inszenierten „Volksbefragung gegen die Remilitarisierung“ und setzte sich für das Programm der „Nationalen Wiedervereinigung Deutschlands“ ein, das vom Bundesgerichtshof als hochverräterisch gekennzeichnet worden ist.

Werner Krauß gestorben

Wien (upi). Der Schauspieler Werner Krauß ist am 20. Oktober nach langem, schwerem Leiden im Alter von 75 Jahren in seinem Wiener Heim gestorben. Krauß, der in Gestungshausen bei Koburg geboren wurde, war seit 1948 österreichischer Staatsbürger. Von 1928 bis 1929, 1933 bis 1944 und von 1948 an arbeitete der Künstler am Wiener Burgtheater. 1955 wurde ihm das Große Ehrenzeichen der Republik Österreich verliehen. 1959 wurde er Ehrenmitglied des Burgtheaters und erhielt soeben den Ehrenring der Stadt Wien.

Vor 1945 hatte Krauß vor allem an den Bühnen Bromberg, Aachen, Nürnberg sowie am Deutschen Theater und am Staatlichen Schauspielhaus in Berlin gespielt. 1954 erhielt er das Bundesverdienstkreuz und den Ifland-Ring, der jeweils auf Lebenszeit an den besten zeitgenössischen Schauspieler verliehen wird.

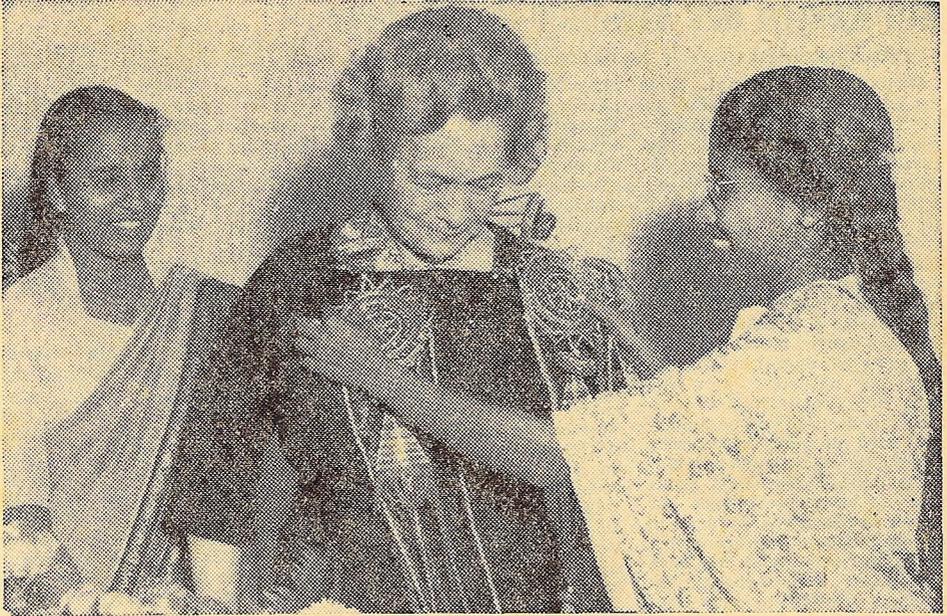
Bonn duldet Pankow-Flagge nicht

Zeigen der „Spalterfahne“ im Bundesgebiet soll verboten werden

Bonn (dpa). Die Bundesregierung will die neue Sowjetzonenfahne mit Hammer und Zirkel im Gebiet der Bundesrepublik nicht dulden. Voraussichtlich wird sie am kommenden Mittwoch eine Verordnung beschließen, durch die das Zeigen der „Spalterfahne“ verboten wird. Gleichzeitig dürfte auch die Hymne der Sowjetzone, die sogenannte „Becher-Hymne“, im Bundesgebiet untersagt werden. Für Westberlin gilt dies nicht. Was dort geschieht, ist allein Sache der drei westlichen Stadtkommandanten.

Wenn die Fahne auf sowjetzonalen Binnenschiffen, die westdeutsche Häfen anlaufen, gehißt wird, so wird man darin

keine „politische Willensäußerung“ sehen. Dagegen soll es nicht mehr möglich sein, daß bei Sportveranstaltungen, an denen sowjetzonale Mannschaften teilnehmen, die Fahne mit Hammer und Zirkel gezeigt und die „Becher-Hymne“ gespielt wird. Bundespresseschef von Eckardt kündigte an, daß die Bundesregierung diesem Prinzip nach Möglichkeit auch im Ausland Geltung verschaffen will. Wahrscheinlich wird sie den Deutschen Sportbund auffordern, die Sportler der Bundesrepublik nicht an Veranstaltungen im Ausland teilnehmen zu lassen, bei denen die neue Fahne gehißt wird.



BILDER DER WOCHE. Oben: Die „erste Dame der Bundesrepublik“, Frau Wilhelmine Lübke, empfing in Bonn indische Studenten aus Kerala. Als Geschenk erhielt sie ein prachtvoll ziseliertes Ornamentband. — Unten: Hubschrauber der amerikanischen Armee beteiligten sich an der Suche nach zwei Bundeswehr-Flugzeugen, die seit einigen Tagen im Raum der deutsch-tschechischen Grenze vermißt werden. Unser Bild zeigt einen der Hubschrauber.

